

Wahlperiode 2020/2021

19.08.2020

Antrag

der Fraktionen Liste LINKS, SDS*, Tobias Berking (harte zeiten – junge sozialisten)

Mit Frieden für internationale Solidarität und demokratische Wahlen

Die USA sind das Land mit den höchsten Militärausgaben, den meisten Soldaten in Militäreinsätzen und dem umfangreichsten Waffenbestand. Sie sind die Hegemonialmacht der NATO, des stärksten und einflussreichsten Militärbündnisses. Dieses Land wird derzeit regiert von Donald Trump, einem extremen Reaktionär: chauvinistisch, rassistisch, sexistisch, bellizistisch, korrupt und narzisstisch.

Diese „moderne“ Ausgabe von Shakespeares „Richard III.“ hat den Finger an dem Knopf des destruktivsten Atomwaffenarsenals der Welt und ist ein dauerhafter Angriff auf Frieden, Völkerverständigung und Menschenrechte.

Angesichts der starken sozialen, demokratischen und antirassistischen Bewegung in den USA ist absehbar, dass Trump im November abgewählt wird – das ist gut und macht ihn gleichzeitig akut noch gefährlicher. Derzeit nutzt er die Corona-Pandemie, um die Wahlen zu torpedieren, kündigt offen an, ein Wahlergebnis gegen ihn nicht zu akzeptieren und ruft für diesen Fall nur wenig verhohlen seine Anhänger zum bewaffneten Bürgerkrieg auf. Zugleich eskaliert die Trump-Administration außenpolitische Konflikte, insbesondere mit China und Iran.

Für die Stärkung des Zivilen, demokratischer Wahlen und der progressiven Bewegung in den USA ist internationale kritische Aufmerksamkeit und Solidarität von entscheidender Bedeutung.

Die Studierendenschaft der Universität Hamburg sieht sich auch daher als aktiver Teil der Friedensbewegung und ruft alle Studierenden auf, sich engagiert an Aktivitäten für Frieden und internationale zivile Verständigung zu beteiligen.

Die Organe der Studierendenschaft und die Studierenden sind insbesondere aufgerufen, mitzuwirken an:

- ICAN, der „International Campaign to Abolish Nuclear weapons“, die sich insbesondere einsetzt für die Unterzeichnung, Ratifikation und Anerkennung des UN-Vertrages für ein Atomwaffenverbot als Instrument zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen weltweit,

- der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“, die gegen die Erhöhung des Militäretats der BRD und das „2%-Ziel“ der NATO sowie stattdessen für Abrüstung, Entspannungspolitik und soziale Entwicklungen eintritt,
- der „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“, die sich engagiert für einen zivilen Hafen, also das Verbot von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen,
- der Bewegung und den Aktivitäten für Zivilklauseln an den Hochschulen.

Begründung:

Die Studierendenschaft nimmt ihre ihr mit dem Hamburgischen Hochschulgesetz zugewiesene Aufgabe wahr, „die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden sowie ihre Bereitschaft zum Einsatz für die Grund- und Menschenrechte sowie zur Toleranz auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern“.